

5000 nehmen an Demo gegen Rechtsextreme teil

Nach Großdemonstrationen in Essen, Mülheim und Düsseldorf zeigen auch viele Oberhausener Flagge für Zusammenhalt

Peter Szymaniak

Bundesweit demonstrieren in vielen Städten und Gemeinden Deutschlands Bürgerinnen und Bürger seit knapp zwei Wochen gegen Rechtsextremismus, Rechtspopulismus und Ausländerfeindlichkeit - jetzt, am Mittwochabend, reihen sich auch die Oberhausenerinnen und Oberhausener ein, um Demokratie und Menschlichkeit zu verteidigen.

Gerade einmal mit 500 Demonstranten haben die Veranstalter der Kundgebung „Oberhausen steht auf! Gegen die AfD - Nie wieder ist jetzt“ auf dem Friedensplatz mitten in der Oberhausener Innenstadt gerechnet; die Helferinnen und Helfer des 60 Organisationen umfassenden Oberhausener „Bündnis für Toleranz und Demokratie Oberhausen“ bauten deshalb nur eine kleine Bühne in der Nähe der Alt-Gaststätte „Uerige“ auf.

Tatsächlich aber strömen bereits vor dem offiziellen Beginn der für 18 Uhr angesetzten Kundgebung zahlreiche Menschen auf den zentralen City-Platz vor dem Polizeipräsidium - begleitet von lauten Songs aus den Lautsprechern von BAP und Danger Dan. Sie sind, dem windigen Wetter entsprechend, mit festen dunklen Jacken gekleidet, haben zur Demo sogar kleine Kinder und ihre Hunde mit bunt blinkenden Halsbändern mitgebracht.

Hendrik Wüst auch vor Ort

Einige halten Pappschilder hoch: „Menschenrechte statt rechter Menschen“, „Aufstehen! Für Demokratie gegen Hetzer und Faschisten“, „Remigriert Euch ins Knie!“ oder auch „Bunt ist hübscher als braun“. Die Menschen stehen rund um den berühmten Brunnen auf dem Friedensplatz - und im leeren Wasserbecken. Die Polizei schätzt die Teilnehmerzahl auf 5000 Demonstranten.

Mitorganisator Dirk Paasch, Vertreter des Bündnisses „Runder Tisch gegen Rechts“, zeigte sich ob der Menschenmassen auf dem Friedensplatz gerührt: „Wir sind jetzt hier mehrere Tausend Menschen, die ein wichtiges Zeichen setzen. Die AfD ist Vorreiter der Verrohung, sie schleift die Fundamente unserer Gesellschaft. Es ist klar, dass die

AFD eine massive Gefahr für die Gesellschaft darstellt.“

Unter den Demonstranten mischt sich ein sehr bekanntes Gesicht: NRW-Ministerpräsident Hendrik Wüst (CDU) hat sich wie eine Privatperson in der Menge eingereiht, will so auch aktiv auf einer Kundgebung gegen Rechtsextremismus seine Einschätzung zur AfD untermauern: „Die AfD ist keine konservative Partei und erst recht keine wertorientierte Partei. Die AfD ist eine brandgefährliche Nazi-Partei.“

Bisher hatte Wüst die Großdemonstrationen gegen Rechtsextremismus unterstützt, nahm aber zuvor an keiner aktuellen Demo gegen Rechts teil. Er ist in Oberhausen ausdrücklich als Privatmann, hält keine Rede vor Ort. Sein Besuch wird mit viel Beifall bedacht.

Vor zwei Wochen hatte das Essener Recherche-Netzwerk „Correctiv“ ein Geheimtreffen mit hochrangigen AfD-Vertretern, bekannten Rechtsextremen, Mitgliedern der CDU-Werteunion und Unternehmern im November 2023 aufgedeckt. Diese debattierten dort einen

Plan zur „Remigration“, zur Abschiebung mehrerer Millionen Zuwanderer auch mit deutscher Staatsangehörigkeit. Die Vertreibungs-idee löste eine anhaltende Welle von Empörungen aus.

Dirk Paasch, Mitorganisator der Kundgebung, zeigte sich begeistert über die vielen Demonstranten.

Die AfD ist Vorreiter der Verrohung, sie schleift die Fundamente unserer Gesellschaft. Es ist klar, dass die AfD eine massive Gefahr für die Gesellschaft darstellt.



Mehrere Tausend Menschen setzten am Mittwoch auf dem Friedensplatz ein Zeichen gegen Rechtsextremismus und Faschismus. BÖGEHOLZ/FFS



7000 Menschen waren bereits vor anderthalb Wochen am Montagabend (15. Januar 2024) in Essen auf die Straße gegangen, um gegen die AfD, Ausländerfeindlichkeit, Faschismus und Rechtspopulismus zu demonstrieren. In der Millionen-Metropole Köln nahmen am Sonntag (21. Januar) an der Kundgebung rund 70.000 Menschen gegen Rechtsextremismus teil, in Bonn rund 30.000 - und in Mülheim 7000. Am Samstag, 20. Januar, versammelten sich 30.000 Bürgerinnen und Bürger in Dortmund zum Protest gegen rechtsextremistisches Gedankengut. Auch in Duisburg gab es eine größere Demonstration gegen eine AfD-Veranstaltung.

„Das sind historisch große Demonstrationen gegen extremistische Parolen, die wir in diesen Tagen auf deutschen Straßen und Plätzen erleben“, hatte der Oberhausener Oberbürgermeister Daniel Schranz am Dienstagabend beim Neujahrsempfang der Stadt gesagt - und alle Bürger aufgerufen, gegen Rechtsextremismus aufzustehen. Am Mittwochabend war das Stadt-

oberhaupt auch auf dem Friedensplatz. Er wies in seiner Rede darauf hin, dass Oberhausen ohne Zuwanderer gar nicht existieren würde. „Oberhausen steht auf für Toleranz und für die Menschenwürde! Oberhausen steht auf gegen die Spaltung unserer Gesellschaft.“ Niemand habe das Recht, den Familien mit Migrationsgeschichte ihren Platz in unserem Land streitig zu machen.

„Wir stehen hier, weil wir uns einem weiteren Erstarken der Rechtspopulisten und Rechtsextremisten entgegenstellen müssen“, rief Schranz der Menge entgegen. „Wir stehen hier, weil wir zeigen wollen, dass bei uns für die umstürzlerischen Ideen dieser Menschen, diese menschenverachtenden Fantasien einer millionenfachen Zwangsdeportation ganz sicher kein Platz ist.“

Lothar Gores ist einer der vielen Oberhausener Demonstranten. Vor mehr als 30 Jahren war er das letzte Mal bei einer Demonstration. Nun ist er auf den Friedensplatz gekommen, „weil es irgendwann reicht“. Denn: „Jetzt ist die Zeit, Flagge zu zeigen. Die schweigende Mehrheit muss jetzt laut werden.“